

■ DAS LANDWIRTSCHAFTSGESETZ DER USA VON 2002

Im Frühsommer 2002 trat in den USA ein neues Landwirtschaftsgesetz in Kraft. Seine Ausrichtung weicht in grundsätzlichen Bereichen vom Vorgängergesetz ab: 1996 eingeleitete Änderungen werden zurückgenommen, zum Auslaufen vorgesehene Programme werden neu aufgelegt, bestehende Subventionen werden höher dotiert und neue kommen dazu. Eine genauere Betrachtung der Periode von 1996 bis 2002 zeigt allerdings, dass das neue Landwirtschaftsgesetz auch so zu werten ist, dass nun längerfristig angelegte Stützungsmaßnahmen jene Ad-hoc-Eingriffe ablösen, die in den letzten Jahren die Agrarmarktpolitik der USA mitbestimmten. Mit dem Landwirtschaftsgesetz werden jedoch auch durchaus neue Akzente gesetzt, und zwar in den Bereichen des Agraraußenhandels, der Agrarumweltpolitik und der ländlichen Entwicklung. Insgesamt haben die neuen Regelungen aber möglicherweise zur Folge, dass die bestehenden Außenhandelsverpflichtungen der USA nicht oder nur schwer eingehalten werden können.

Mit der Äußerung „the Americans should never make a farm bill in an election year“ kommentierte Stanley R. Thompson, ein anerkannter Ökonom der Ohio State University, das neue Landwirtschaftsgesetz der USA vom Frühsommer dieses Jahres (Thompson, 2002). Die Unterzeichnung des Farm Security and Rural Investment Act of 2002 am 13. Mai durch Präsident Bush markierte einen vorläufigen Schlussstrich unter eine Phase der Agrarpolitik der USA, die in höchstem Maße widersprüchlich war.

Im Jahr 1996 war mit dem Federal Agriculture Improvement and Reform Act (FAIR Act) eine grundlegende Reform eingeleitet worden, die den Keim vom Ende der Eingriffe in Agrarmärkte in sich trug: Mit dem Jahr 2000 sollte z. B. die Stützung von Milchprodukten beendet werden, und produktionsunabhängige Direktzahlungen waren mit 2002 befristet. Der 1996 von Kommentatoren erwartete Rückzug der Politik aus einem Feld diskretionärer Markteingriffe fand allerdings nicht statt. Weitgehend von der Öffentlichkeit unbeachtet wurde – überdeckt von Reformrhetorik – traditionelle Agrarpolitik betrieben. Üblicherweise werden während der Laufzeit eines Landwirtschaftsgesetzes keine agrarrelevanten Gesetze beschlossen. Diesmal jedoch wurde durch Ad-hoc-Gesetzgebung Geist und Buchstabe des FAIR Act von 1996 unterlaufen. Unter diesem

Begutachtung: Fritz Breuss, Matthias Schneider, Thomas Url • Wissenschaftliche Assistenz: Dietmar Weinberger • E-Mail-Adressen: Franz.Sinabell@wifo.ac.at, Dietmar.Weinberger@wifo.ac.at

Aspekt ist das neue Landwirtschaftsgesetz weniger ein Schritt zurück in eine schon überwunden geglaubte Phase interventionistischer Politik, als vielmehr die modifizierte Fortsetzung eines tatsächlich kontinuierlich beschrittenen Wegs.

Seit 1999 wurde durch Ad-hoc-Gesetzgebung Geist und Buchstabe des FAIR Act von 1996 unterlaufen. Unter diesem Aspekt ist das neue Landwirtschaftsgesetz weniger ein Schritt zurück in eine schon überwunden geglaubte Phase interventionistischer Politik als vielmehr die modifizierte Fortsetzung eines faktisch kontinuierlich beschrittenen Wegs.

Der vorliegende Beitrag bietet zunächst einen kurzen Rückblick auf Entstehung und Entwicklung der Agrarpolitik der USA, und zwar fokussiert auf die konkret eingesetzten Instrumente. Diese Einengung wird vorgenommen, weil dem umfangreichen Gesetzeswerk (*House of Representatives and Senate, 2002*) Ziele – und umso mehr Indikatoren zur Messung ihrer Erreichung – nicht zu entnehmen sind. Ein Überblick über die Entwicklung nach 1996 zeigt, wieweit sich die Regelungen des FAIR Act 1996 in der Praxis bewährt haben. Die Eckpunkte des neuen Landwirtschaftsgesetzes werden im Detail dargestellt und mögliche Implikationen für die Verhandlungen zur weiteren Liberalisierung des Agrarhandels im Rahmen der WTO beleuchtet. Schließlich wird versucht, anhand einiger Faktoren zu erklären, warum die Agrarpolitik der USA grundlegenden Reformen offenbar nur längerfristig und in kleinen Schritten zugänglich ist.

ENTWICKLUNG DER AGRARPOLITIK DER USA BIS 1996

Das Jahr 1933 wird mit dem Beschluss des Agriculture Adjustment Act als Beginn der kontinuierlichen Agrarpolitik in den USA angesehen. Mit der Umsetzung der Marktordnung wurde die Commodity Credit Corporation (CCC) betraut, und zwar zunächst basierend auf einem Gesetz des Staates Delaware. Das erste nationale Landwirtschaftsgesetz der USA führte für wenige lagerfähige Produkte (Mais, Weizen, Baumwolle) Preisstützungskredite durch die CCC ein. Andere Produkte konnten auf Empfehlung des Landwirtschaftsministers nach Befürwortung durch den Präsidenten ebenfalls unterstützt werden. Finanziert wurde das Programm zunächst über Verarbeitungssteuern der betroffenen Güter.

Gemeinsam mit dem Agricultural Act von 1949, in dem kein Datum für den Ablauf der Gültigkeit festgelegt ist, gilt der Agricultural Adjustment Act von 1938 als Basis der permanenten Agrargesetzgebung in den USA. Seither werden in allen Agrargesetzen die Regelungen die-

ser beiden Gesetze nur temporär außer Kraft gesetzt: Wird keine Einigung über ein neues Landwirtschaftsgesetz erzielt, so gelten sie weiter. In diesem Fall wird der Landwirtschaftsminister verpflichtet, Parity Based Support Prices zu implementieren. Dies sind Preisstützungsmaßnahmen, die gewährleisten, dass das in der Basisperiode 1910/1914 beobachtete Preisverhältnis bestimmter Gütern hergestellt wird. Daneben muss gewährleistet werden, dass die Kaufkraft der Basisperiode erhalten bleibt.

Aktuelle Landwirtschaftsgesetze der USA setzen die „permanente Gesetzgebung“ temporär außer Kraft. Darin wird der Landwirtschaftsminister verpflichtet, Preisstützungsmaßnahmen umzusetzen, die gewährleisten, dass das in der Basisperiode 1910/1914 beobachtete Preisverhältnis bestimmter Güter hergestellt wird. Daneben muss gewährleistet werden, dass die Kaufkraft der Basisperiode erhalten bleibt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Loan Rate zur wichtigsten politischen Größe für den Markt für pflanzliche Produkte. Ursprünglich wurde dieses Instrument eingesetzt, um Liquiditätsgpässe in der Produktionsperiode auszugleichen, indem der erwartete Verkaufserlös der Ernte aus öffentlichen Krediten vorgestreckt wurde. Allmählich entwickelte sich die Loan Rate zu einem Schwellenpreis, ab dem die CCC intervenierte. Technisch handelt es sich um eine Forfaitierung (non-recourse loan): Sinkt der Erzeugerpreis unter den Schwellenpreis, dann haben Programmteilnehmer das Recht, die Ernte der anspruchsberechtigten Pflanzen der CCC anzudienen. Die Ernte kann also zunächst zum Schwellenpreis verpfändet werden und von den Landwirten wieder eingelöst werden, sollte der Marktpreis über den Schwellenpreis steigen. In diesem Fall ist der gewährte Kredit zurückzuerstatten. Häufiger trat jedoch der Fall ein, dass die Ernte nicht ausgelöst wurde und somit in das Eigentum der CCC fiel, womit die Ansprüche an den Kreditnehmer getilgt wurden. Die Loan Rate war daher praktisch der Mindestpreis der geregelten Produkte.

Die Jahrzehnte bis 1970 waren, kurz zusammengefasst, davon geprägt, mehr Güter in das Regelwerk einzubinden und Überproduktion aufgrund der Preisstützung mit (freiwilliger oder verpflichtender) Flächenstilllegung oder Beschränkung der Produktionsrechte zu vermeiden (siehe dazu *Richardson – Anderson – Smith, 1999, Becker, 1999*).

Das Jahr 1970 markierte mit der schrittweisen Abkehr von den Paritätspreisen eine Wende. Ab nun wurden Deficiency Payments, eine Erzeugerpreisstützung, zum vorherrschenden Instrument. Deficiency Payments glei-

chen die Differenz zwischen Erzeugerpreis und dem politisch festgelegten Zielpreis (Target Price) aus. Die Zielpreise orientierten sich zunächst an den oben beschriebenen Paritäten. Durch den von der Loan Rate gewährleisteten Mindestpreis, der auch für die Konsumenten relevant war, wurde eine Preisstabilisierung auf niedrigem Niveau erreicht. Die Differenz zwischen dem höheren Zielpreis und dem so nach unten begrenzten Marktpreis zahlten die Steuerzahler. Dadurch war es in den siebziger Jahren möglich, Produzenten einen Ausgleich für inflationär steigende Inputpreise zu gewähren, ohne dass der Preisauftrieb an Veredelungsbetriebe und Konsumenten weitergegeben würde.

Ab dem Jahr 1985 (Food Security Act) wurden die Deficiency Payments nicht mehr für die tatsächliche Produktion, sondern für eine Referenzerntemenge auf einer vertraglich fixierten Fläche gewährt. Durch die Unabhängigkeit von der aktuellen Produktionsentscheidung wurden diese Transfers als „produktionsneutral“ und damit zulässig im Sinn des Uruguay-Abkommens im GATT gewertet. Im selben Gesetz wurde auch das System der Schwellenpreise durch die Einführung von Loan Deficiency Payments modifiziert. Diese Zahlungen entsprechen seither der Differenz zwischen Erzeugerpreis und Schwellenpreis, multipliziert mit der ins Programm eingebrachten Erntemenge. Dadurch konnte der – für Konsumenten relevante – Marktpreis auch unter den Schwellenpreis sinken.

In der Periode um 1980 füllten sich die Lager der CCC übermäßig. Daher wurde 1985 zusätzlich zur Änderung der Schwellenpreisregelung das Marketing Loan Program, eine Vermarktungsprämie, eingeführt. Die relativ komplizierte technische Umsetzung dieses Systems beruht auf einem einfachen Prinzip: Landwirte, die auf ihr Recht verzichten, Kontraktkulturen zum garantierten Preis an die CCC abzugeben, und die Ware selbst vermarkten, erhalten von der CCC neben dem Ausgleich der Preisdifferenz eine Zusatzprämie. Nicht nur die Landwirte profitieren von dieser Regelung, denn die CCC spart die Kosten der Lagerung, Manipulation und Vermarktung.

Der FAIR Act des Jahres 1996 markierte eine Zäsur. Teilnehmern an Kontraktprogrammen wurde eine vorher fixierte, degressive Prämie gewährt, die Verpflichtung zur Stilllegung von Flächen wurde aufgehoben, und Zahlungen zum Ausgleich von Preisschwankungen wurden abgeschafft.

Der Federal Agriculture Improvement and Reform Act des Jahres 1996 (FAIR Act) markierte eine neuerliche Zäsur. Im Artikel 1 dieses Gesetzes, dem Agricultural Market Transition Act (AMTA), wurde bereits an Kontraktprogrammen teilnehmenden Betrieben die

Möglichkeit geboten, einen neuen Siebenjahresvertrag einzugehen. Teilnehmern wurde eine vorher fixierte, degressive Prämie gewährt (Production Flexibility Payment, häufig auch AMTA Payment genannt). Die Höhe wurde an früheren Erträgen der Kontraktkulturen (Basisertrag) und dem bisherigen Anbauumfang (Basisfläche) bemessen. Auf dieser Fläche konnte ab nun nahezu jede beliebige Kultur gepflanzt werden, ohne dass der Prämienanspruch verloren gegangen wäre. Das Land musste lediglich für landwirtschaftliche Zwecke vorgehalten werden. Es handelte sich daher um eine völlig von der Produktion entkoppelte Flächenprämie. Neben der Einführung dieser Prämien wurde die Verpflichtung zur Flächenstilllegung als Mengensteuerungsinstrument beseitigt.

Mit dem FAIR Act wurden jedoch auch die Deficiency Payments und damit das Zielpreissystem abgeschafft. Als Sicherungsnetz verblieben lediglich das an Schwellenpreise (Loan Rates) geknüpfte Instrumentarium der Loan Deficiency Payments und die Vermarktungsprämie (Marketing Loan Payments). Neben diesen vornehmlich für Getreideproduzenten relevanten Änderungen wurden auch die Regelungen der anderen Märkte geändert, wengleich nicht in dieser grundlegenden Art (vgl. die ausführliche Darstellung von Hofreither, 1997).

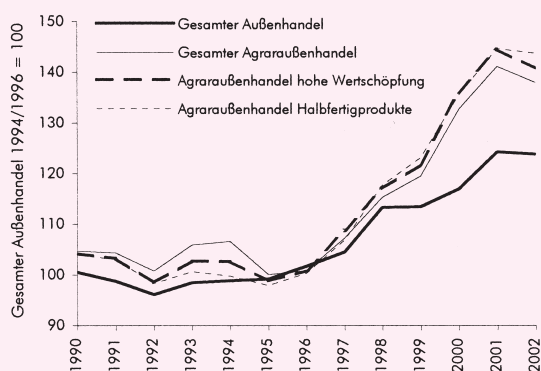
Diese Reformen waren vor allem deshalb möglich, weil zum Zeitpunkt der Gesetzgebung alle Akteure davon ausgingen, dass sich die Marktbedingungen für Produzenten aus den USA günstig entwickeln würden: wachstumsbedingt steigende Nachfrage im Inland und vor allem in Ostasien, relativ hohe Preise und aufnahmefähige Exportmärkte auch für verarbeitete Produkte. Die Landwirte waren daher interessiert, die bisherigen Produktionsbeschränkungen abzuschütteln, und sahen in den entkoppelten Flächenprämien in Verbindung mit erwarteten guten Marktpreisen nur Vorteile. Auch aus Sicht des Bundeshaushalts erschien es vorteilhaft, statt von Preisfluktuationen abhängige Deficiency Payments an Landwirte planbare – und vor allem nach oben begrenzte – Flächenprämien zu zahlen.

MARKTENTWICKLUNG UND AGRARPOLITIK DER USA VON 1996 BIS 2002

Nur wenige der im Jahr 1996 gehegten Erwartungen traten tatsächlich ein. So hatte u. a. die Lockerung des engen Korsetts agrarpolitischer Regelungen eine bessere Ressourcenallokation und eine Steigerung der Gesamtwohlfahrt zur Folge (vgl. Gardner, 2002).

Entgegen den Annahmen veränderten die starke Dollaraufwertung und die Krise in Südostasien die Marktbedingungen in ungünstiger Weise. Die Exportbedingungen für landwirtschaftliche Produkte entwickelten sich deutlich schlechter als für andere Güter. Agrarprodukte mit hoher Wertschöpfung und Halbfertigwaren waren davon besonders betroffen (Abbildung 1). Bei leicht ab-

Abbildung 1: Entwicklung des realen Dollar-Wechselkurses nach Produktgruppen



Q: ERS (2002A).

nehmenden Agrarhandelsvolumina auf dem Weltmarkt verloren die USA gegen alle Erwartungen des Jahres 1996 Marktanteile, und der Agrarhandelsüberschuss verringerte sich seit 1997 signifikant (Übersicht 1).

Ungünstige Entwicklungen auf den Weltagrarmärkten und die Aufwertung des Dollars führten dazu, dass die dem FAIR Act 1996 zugrundeliegenden Erwartungen nicht eintraten. Große Naturkatastrophen taten ein Übriges zur Auslösung einer neuen „farm crisis“.

Die Erzeugerpreise, die im Jahr 1996 einen Höchststand erreicht hatten (Weizen erzielte fast 160 \$ je Tonne; USDA, 2002), sanken binnen weniger Jahre auf fast die Hälfte und erholten sich nur leicht (der Weizenpreis betrug 2001 annähernd 101 \$ je Tonne). Deficiency Payments, die über 25 Jahre Preisschwankungen ausgeglichen hatten, waren 1996 abgeschafft worden, und andere Instrumente der Einkommensstabilisierung (z. B. Erlösversicherungen) waren nicht ausreichend etabliert. Naturkatastrophen taten ein Übriges zur Auslösung einer neuen „farm crisis“. Die Agrarpolitik reagierte mit Notfallgesetzgebung (Emergency Farm Financial Relief Act of 1998 und Consolidated and Emergency Appropriation Act of 1999) zur Stützung der Agrareinkommen.

Die von der OECD veröffentlichten Kennzahlen zur Messung der Agrarprotektion zeigen diese Entwicklung deutlicher als andere Zeitreihen. Übersicht 2 gibt Schätzungen der Produzentenstützung (Producer Support Estimate PSE) für die Periode 1995 bis 2001 wieder. Diese Kennzahl misst den jährlichen monetären Wert jener Bruttotransfers von Konsumenten und Steuerzahlern an Produzenten von Agrargütern, die auf Politikmaßnahmen zurückzuführen sind (zur Definition der Kategorien vgl. OECD, 2002A). Ab 1998 nahm das Ausmaß der Stützung markant zu und ist heute fast doppelt so hoch wie

Übersicht 1: Agrarhandel der USA und der EU

	1990	1995	1996	1997	1998	1999	2000
	Mrd. \$						
Agrarexporte							
Welt	189,1	287,7	293,9	306,1	285,4	276,1	275,0
USA	40,7	58,6	62,5	58,6	53,1	50,3	52,9
EU 15 ¹⁾	34,2	50,6	51,5	52,3	49,5	47,4	48,1
Agrarimporte							
USA	25,8	33,6	37,0	39,8	41,1	41,4	40,5
EU 15 ¹⁾	52,2	66,0	67,2	67,4	61,8	57,9	54,3
Saldo							
USA	+14,9	+25,0	+25,5	+18,8	+12,0	+ 8,9	+12,4
EU 15 ¹⁾	-18,0	-15,4	-15,7	-15,1	-12,3	-10,5	- 6,2

Q: ERS (2002B). – ¹⁾ Ohne Intra-EU-Handel.

vor Inkrafttreten des FAIR Act 1996. Übersicht 2 zeigt auch, dass die 1996 eingeführte entkoppelte Flächenprämie (Position „Bezogen auf historische Ansprüche“) de facto zunahm und nicht – wie vorgesehen – abnahm. Interessanterweise erhöhte sich auch die Marktpreisstützung, also jene Stützungskomponente, die durch überhöhte Marktpreise und damit in erster Linie von den Konsumenten finanziert wird.

Das „Prozent-PSE“ erfasst das Verhältnis zwischen dem PSE und der Summe aus Produktionswert zu Erzeugerpreisen und Subventionen aus öffentlichen Mitteln. Der markante Anstieg der Stützung in den USA zeigt sich auch hier deutlich. Zu Vergleichszwecken sind in Übersicht 2 die entsprechende Position der EU und eine Schätzung für die EU-Beitrittskandidatenländer angeführt. Zwar ist hier das relative Ausmaß der Förderung höher, es blieb allerdings in der betrachteten Periode weitgehend stabil.

In diesem Umfeld diskutierten im Herbst 2001 Kongress und Senat die ersten Gesetzesvorlagen. Als eigenständige Position legte Landwirtschaftsministerin Ann Veneman einen Perspektivenbericht vor, der die nötigen Änderungen der Agrarpolitik aus Sicht der Bundesregierung zusammenfasste (vgl. USDA, 2001A). In der Presenotiz zur Vorstellung dieser programmatischen Studie findet sich u. a. folgende Aussage: „Die Agrarpolitik muss neben der Bereitstellung eines Sicherheitsnetzes nachhaltigen Wohlstand der Landwirte durch Marktorientierung anstreben, ohne eine dauerhafte Abhängigkeit von Unterstützungen durch die öffentliche Hand zu erzeugen“ (USDA, 2001B). Im Bericht selbst werden der Export von Agrargütern, die weitere Liberalisierung der Exportmärkte und die Stärkung der Präsenz der USA auf dem Weltmarkt als wichtige Säulen der künftigen Agrarpolitik gesehen. Als konsistent mit dieser Ausrichtung wird ein System von Sicherheitsnetzen bezeichnet, das die bestehenden, auf einzelne Produkte ausgerichteten Instrumente ablösen soll. Zu diesen Sicherheitsnetzen zählt neben bestehenden Lösungen durch Versicherungen gegen Ertrags- und Preisrisiken auch z. B. die Stundung von Steuerschulden. Motiviert werden diese Vorschläge aus der Erkenntnis, dass bisherige Programme in erster Linie hochprofitablen kommerziellen

Übersicht 2: Kennzahlen der Produzentenstützung in den USA und der EU

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
				Mio. \$			
PSE Produzentenstützung							
USA	22.858	29.859	30.728	48.565	55.433	49.333	49.001
Marktpreisstützung	11.825	15.279	14.839	23.475	21.597	14.582	19.807
Bezogen auf Output	67	58	427	4.445	10.062	10.610	7.184
Bezogen auf Flächen oder Tiere	2.470	699	192	2.852	2.810	3.313	2.043
Bezogen auf historische Ansprüche		5.186	6.286	8.470	10.937	10.526	8.793
Bezogen auf Inputs	6.002	6.090	6.057	6.116	6.633	6.647	7.350
Basierend auf Input-Beschränkungen	1.940	1.963	1.902	1.954	1.808	1.779	1.947
Basierend auf Betriebseinkommen	554	584	1.026	1.252	1.585	1.877	1.877
				Prozent-PSE			
USA	11	14	14	23	25	22	21
EU 15	35	32	32	36	39	34	35
EU-Beitrittskandidaten ¹⁾	12	12	10	22	21	12	12
				In \$ ²⁾			
PSE je landwirtschaftlichen Erwerbstätigen							
USA	7.359	9.716	9.957	15.536	17.559	15.898	.
EU 15	17.117	16.405	14.126	15.784	16.719	13.243	.

Q: OECD (2002A, 2002B). – ¹⁾ Polen, Lettland, Estland, Litauen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Slowenien – gewichtet nach Produktionswert. – ²⁾ Zahl der Erwerbstätigen nach Europäische Kommission (2002) und BEA (2002).

Unternehmen zugute kommen und zunehmend die in Bodenpreisen und Pachtzahlungen kapitalisierten Transfers nicht die im Agrarsektor Beschäftigten erreichen.

Im Jahr 2001 wurde von der Regierung ein Perspektivenbericht zum geplanten Landwirtschaftsgesetz vorgelegt. Für den außenstehenden Beobachter finden sich in dem ein halbes Jahr später verabschiedeten Gesetz durchaus Punkte, die darin vorgeschlagen wurden: im Bereich der Nahrungsmittelpolitik, der ländlichen Entwicklungspolitik, der Agrarforschungspolitik und der Agrarhandelspolitik. Im Bereich der Agrarmarktpolitik weicht das Landwirtschaftsgesetz jedoch diametral von den Vorgaben des Perspektivenberichts ab.

Für den außenstehenden Beobachter finden sich in dem ein halbes Jahr später verabschiedeten Landwirtschaftsgesetz 2002 durchaus Punkte, die in diesem Perspektivenbericht angeschnitten wurden: im Bereich der Nahrungsmittelpolitik, der ländlichen Entwicklungspolitik, der Agrarforschungspolitik und der Agrarhandelspolitik. Im Bereich der Agrarmarktpolitik weicht das Landwirtschaftsgesetz jedoch diametral von den Vorgaben des Perspektivenberichts ab.

ECKPUNKTE DES LANDWIRTSCHAFTSGESETZES DER USA VON 2002

AGRARMARKTPOLITIK

Das neue Landwirtschaftsgesetz sieht für Kulturpflanzen nach wie vor das 1985 eingeführte Instrument der Loan

Deficiency Payments vor. Neben jenen Pflanzen, die bereits im Jahr 1996 anspruchsberechtigt waren (Weizen, Futtergetreide, Baumwolle und Ölsaaten), können nun weitere Produkte in das Vermarktungsprämienprogramm eingebracht werden (Erdnüsse, drei Körnerleguminosen, Schaf- und Angorawolle sowie Honig).

Außerdem wird eine Konstante Flächenprämie (Direct Payments) für eine Liste von Kulturpflanzen verankert, welche die 1996 eingeführte degressive, von der Produktion entkoppelte Flächenprämie ablöst. Neben einer geringfügigen Erhöhung wurde auch hier die Zahl der anspruchsberechtigten Kulturpflanzen erweitert (Übersicht 3). Die Basisflächen und die zur Bemessung erforderlichen Basiserträge werden in einem neuen Erhebungsverfahren festgestellt. Die den Betrieben zugewiesene Basisfläche je Kultur bemisst sich anhand historischer Flächennutzungen. Die Konstanten Flächenprämien beruhen auf historischen Ansprüchen und werden unabhängig von der tatsächlichen Produktion ausbezahlt. Es ist lediglich ein jährlicher Antrag nötig.

Als neues Instrument wurde die Antizyklische Flächenprämie eingeführt, die ausbezahlt wird, wenn der Effektive Erzeugerpreis unter dem Zielpreis liegt. Damit werden Elemente von Deficiency Payments aufgegriffen – eines Instruments, das 1996 abgeschafft wurde. Das betriebliche Prämienvolumen beruht sowohl auf individuellen historischen Ansprüchen als auch auf aktuellen Marktbedingungen.

Als neues Instrument führt das Landwirtschaftsgesetz 2002 Antizyklische Prämien ein (Counter-Cyclical Payments). Diese Prämien werden gewährt, wenn der Effek-

Übersicht 3: Koeffizienten zur Ermittlung der Flächenprämien

	Entkoppelte bzw. Konstante Flächenprämie		Antizyklische Flächenprämie ¹⁾			Schwellenpreis		Zielpreis		Erwarteter Erzeugerpreis ²⁾	
	1996/2002	2002/2007	2002/03	2004/2007	2001	2002/03	2004/2007	2002/03	2004/2007	2003	2005
			\$ je t								
Weizen	17	19	20	24	95	103	101	142	144	108	113
Mais	10	11	13	16	74	78	77	102	104	80	85
Sorghum	12	14	8	11	60	78	77	100	101	75	80
Gerste	9	11	4	7	76	86	85	101	103	100	105
Hafer	2	2	2	6	83	93	92	97	99	88	89
Baumwolle	126	147	302	302	1.151	1.145	1.145	1.595	1.595	931	1.038
Reis	40	46	32	32	128	128	128	207	207	95	102
Sojabohnen	–	16	13	13	193	184	184	213	213	172	182
Sonstige Ölfrüchte	–	18	–	–	183	212	205	216	223	172	178

Q: FAPRI (2002A) unter Verwendung von Umrechnungskoeffizienten laut USDA (2002); FAPRI (2002B). – ¹⁾ Höchstmöglicher Betrag (wenn also der Erzeugerpreis unter dem Schwellenpreis liegt). – ²⁾ FAPRI-Prognosen.

tive Erzeugerpreis den Zielpreis (Target Price) unterschreitet. Damit werden die 1996 abgeschafften Deficiency Payments in veränderter Form wieder aufgegriffen. Der Effektive Erzeugerpreis ist die Summe aus der Konstanten Flächenprämie je Mengeneinheit und – je nachdem, welcher Preis höher ist – entweder dem Marktpreis oder dem weiter oben behandelten Schwellenpreis (Loan Rate). Zur Bemessung je Betrieb werden ebenso Basisflächen und ein eigener Basisertrag herangezogen. Die Prämien beruhen daher sowohl auf historischen Ansprüchen als auch auf aktuellen Marktbedingungen.

Zur Verdeutlichung des Zusammenwirkens der einzelnen Instrumente wird in Übersicht 4 anhand eines vereinfachten Beispiels mit drei unterstellten Erzeugerpreisen von Weizen die Funktionsweise vorgestellt:

Die Antizyklische Prämie ist nach oben mit den in Übersicht 3 ausgewiesenen Beträgen limitiert und kann bis null sinken, wenn der Marktpreis hoch genug ist (vgl. Übersicht 4, letzte Spalte). Von der Preisentwicklung unbeeinflusst, wird die Konstante Flächenprämie jedenfalls gewährt.

Ist der Erzeugerpreis geringer als der Zielpreis, so ergibt die Summe aus Loan Deficiency Payment, Antizyklischer Flächenprämie, Konstanter Flächenprämie und Erzeugerpreis genau den Betrag des Zielpreises. An Kontraktteilnehmer wird die Summe aus Konstanter und Antizyklischer Flächenprämie ausgezahlt unabhängig davon, ob auf der Basisfläche produziert wird oder nicht. Wird eine der Kontraktkulturen produziert, dann sind Loan Deficiency Payments in Rechnung zu stellen, sofern der Erzeugerpreis unter dem Schwellenpreis liegt (vgl. dritte Spalte von rechts in Übersicht 4). Die im Design beabsichtigte Flexibilität des Systems ermöglicht, dass für die Kontraktfläche die Konstante und Antizyklische Flächenprämie für historische Ansprüche aus dem Weizenanbau bezogen wird und für auf derselben Fläche gepflanzte Sojabohne Loan Deficiency Payments gewährt werden.

In den oben beschriebenen Programmen wird der überwiegenden Teil der Agrarförderungen aus dem nationalen Budget eingesetzt. Daneben gelten aber für weitere

Produkte spezielle Regelungen, z. B. für Milch. Laut dem Landwirtschaftsgesetz von 1996 sollte die Preisstützung für Milchprodukte (Butter, Käse, Trockenmilch) mit dem Jahr 1999 auslaufen. In modifizierter Form wurde sie 1999 bis Mitte 2002 verlängert und ist nun wieder regulärer Bestandteil der Agrarmarktpolitik. Zusätzlich wird ein neues Deficiency Payment eingeführt (National Dairy Market Loss Payment). Im Rahmen der in der Uruguay-Runde des GATT vereinbarten Grenzen werden zusätzlich Exportsubventionen zur Markträumung im Inland gewährt.

Der Erdnussmarkt war bisher durch Erzeugungsquoten mit unterschiedlichen Preisen für Erdnüsse innerhalb und außerhalb der Quote geregelt. Dieses System wurde abgeschafft, und die Quoteninhaber werden bis 2006 durch jährliche Zahlungen kompensiert. An die Stelle der Quoten tritt derselbe Instrumenten-Mix, der auch für Getreide zum Einsatz kommt.

Der Zuckermarkt der USA ist ähnlich tiefgreifend, fast planwirtschaftlich reguliert wie in Europa, wenngleich sich die Detailregelungen unterscheiden. Hier gab es zwar Anpassungen, allerdings keine grundlegenden Reformen. Auch das System der Tabakquoten für Flue Cured Tobacco wurde nur geringfügig modifiziert. Neu eingeführt wurde hingegen ein Programm zur Förderung des Hartweizenanbaus auf 810.000 ha.

Auch im aktuellen Landwirtschaftsgesetz werden Prämienobergrenzen definiert. Die Summe der Konstanten Flächenprämien darf „pro Person“ jährlich höchstens 40.000 \$ betragen, die Grenze der Antizyklischen Flächenprämien liegt bei 65.000 \$ und jene der Vermarktungsprämien bei 75.000 \$. Personen mit einem jährlichen Gesamteinkommen von mehr als 2,5 Mio. \$ (im Durchschnitt über drei Jahre) haben keinen Anspruch auf Prämien, wenn nicht mindestens drei Viertel des Einkommens aus der Landwirtschaft stammen. Im Gesetz selbst ist die „Person“ nicht näher bestimmt (vgl. *House of Representatives and Senate, 2002, S. 83*), und zumindest in der Vergangenheit „ließen sich diese Obergrenzen leicht umgehen“ (USDA, 2001A, S. 53), sodass diese Grenzen eher kosmetischen Charakter haben dürften.

Übersicht 4: Beispiel zur Berechnung der Prämien unter verschiedenen angenommenen Marktbedingungen für Weizen

		\$ je Bushel		
Erzeugerpreis	2,70	2,93	3,90	
Zielpreis	3,86	3,86	3,86	
Schwellenpreis	2,80	2,80	2,80	
Summe Prämien	1,16	0,93	0,52	
Loan Deficiency Payment	0,10	0,00	0,00	
Antizyklische Flächenprämie (CCP)	0,54	0,41	0,00	
Konstante Flächenprämie (DP)	0,52	0,52	0,52	
Summe Prämien und Erzeugerpreis	3,86	3,86	4,42	
Flächenprämie	\$ je Acre	38,74	33,99	19,01
	\$ je Hektar	95,74	84,00	46,97
Markterlös und Flächenprämie	\$ je Hektar	446,01	464,11	552,92

Q: WIFO-Berechnungen, basierend auf FAPRI (2002A) und USDA (2002). Annahmen: Tatsächlicher Ertrag 52,5 Bushel je Acre bzw. 3,53 t je Hektar, CCP- und DP-Basiserträge (base yields) je 43,0 Bushel je Acre bzw. 2,89 t je Hektar; Flächenprämien werden für 85% der Basisfläche (base acres) gewährt; Loan Deficiency Payments für die gesamte Erntemenge.

Ernteversicherungen werden als zusätzliches Sicherheitsnetz, wie im Perspektivenbericht eingemahnt, weiterhin aus nationalen Mitteln gefördert und auch ausgedehnt. Auf Basis des Agricultural Risk Protection Act aus dem Jahr 2000 ist nun eine Prämiensubvention nicht nur für Versicherungen gegen Ertragsrisiken, sondern auch gegen Preisrisiken vorgesehen.

AGRARUMWELTPOLITIK

Bestehende Programme, durch die Umweltanliegen in die Agrarpolitik integriert wurden, wurden deutlich aufgewertet. Besonderen Stellenwert nimmt ein Programm zur Verbesserung der Umweltqualität ein. Gefördert werden umweltschonende Bewirtschaftungsverfahren, die Flächenstilllegung aus ökologischen Gründen, Fauna- und Floraschutzprogramme und auch Oberflächen- und Grundwasserschutzprogramme.

Umweltanliegen sind im aktuellen Landwirtschaftsgesetz der USA stärker als bisher verankert. Unter anderem wird das 1996 eingeführte Agrarumweltprogramm (Environmental Quality Incentive Program) substantiell höher dotiert (bis 1,3 Mrd. \$ im Jahr 2007). Innerhalb dieser Rahmenverfügung werden verschiedene Einzelprogramme etabliert. Gefördert werden umweltschonende Bewirtschaftungsverfahren, die Flächenstilllegung aus ökologischen Gründen, Fauna- und Floraschutzprogramme sowie auch Oberflächen- und Grundwasserschutzprogramme. Als neues Programm wurde ein Sonderprogramm für Grünland (mit jährlichen Förderungen bis zu 245 Mio. \$) eingeführt.

Bereits im Jahr 1930 trat das Conservation Reserve Program (CRP) in Kraft: Die öffentliche Hand kann Flächen

zum Zweck der dauerhaften Stilllegung pachten. Neben der Pacht wird eine Kostenbeteiligung zur Anlage einer dauerhaften Bodenbedeckung gewährt. Derzeit ist vorgesehen, 15,8 Mio. ha (um rund 10% mehr als bisher) für die Dauer von 10 bis 15 Jahren in dieses Programm aufzunehmen.

Als weiteres großangelegtes Programm wurde das Wetland Conservation Reserve Program (WRP) ausgeweitet, und zwar auf nahezu das Doppelte auf nunmehr fast 1 Mio. ha. Teilnehmer an diesem Programm räumen der öffentlichen Hand ein unbefristetes oder langjähriges Servitut ein, das die Wahrung eines naturnahen oder natürlichen Zustands des Feuchtgebietes ermöglichen soll.

Wie schon bisher müssen Betriebe ausgewiesene erosionsgefährdete Flächen (Sodbuster) und Feuchtflächen (Swampbuster) entsprechend den Vorgaben von individuellen Managementplänen bewirtschaften, um den Anspruch auf Prämien für die Kontraktkulturen zu wahren. Diese Regelung wird „Cross-Compliance“ genannt.

AGRARAUSSENHANDELSPOLITIK

Die Änderungen und Neuregelungen der Bestimmungen zum Agraraußenhandel machen deutlich, dass die USA bemüht sind, verlorene Marktanteile auf dem Weltmarkt wieder zu gewinnen und den Rückstand im Außenhandel mit verarbeiteten Produkten gegenüber der EU aufzuholen.

Die Agrarmärkte der USA sind durch relativ niedrige Zölle und Zollquoten¹⁾ geschützt. Das Instrument der Exportsubvention kommt nur in vergleichsweise geringem Umfang zum Einsatz, und zwar in erster Linie für den Milchexport (Dairy Export Incentive Program).

Das bestehende Exportkreditprogramm (Export Credit Program) wurde bis 2007 verlängert, wobei Produkte mit hoher Wertschöpfung bevorzugt behandelt werden. Ein Marktzugangsprogramm (Market Access Program), das nach jährlichen Steigerungen im Jahr 2007 schließlich mit 200 Mio. \$ dotiert sein wird, dient der Markterschließung für verarbeitete Produkte und wird abgerundet durch das Marktentwicklungsprogramm (Foreign Market Development Program), durch das Handelsagenturen unterstützt werden.

¹⁾ Als Zollquote wird eine Regelung bezeichnet, durch die für bestimmte Mengen des gleichen Gutes unterschiedliche Zollsätze gelten. Der Import einer fixierten Menge wird zu einem niedrigen Zollsatz (der eventuell sogar bei null liegt) gestattet, für die übrigen Importe wird ein höherer (häufig prohibitiv hoher) Zollsatz angewandt. Die Zollquote kombiniert somit die beiden Außenhandelsinstrumente Importquote und Zoll.

Neben weiteren kleinen Programmen wird auch das im Jahr 1985 eingeführte Export Enhancement Program (EEP) fortgesetzt (mit einer jährlichen Dotation von 478 Mio. \$). Damit soll heimischen Exporteuren ermöglicht werden, „unfaire“ Handelspraktiken in Konkurrentenländern auszugleichen. Für Erzeuger von Produkten, die nichttarifären Handelshemmnissen (z. B. Importverbot von genetisch modifizierten Organismen) ausgesetzt sind, wurde ein neues, allerdings nur gering dotiertes Programm aufgelegt.

Daneben wird unter dem Titel „Food for Peace“ aktiv der Absatz von Agrargütern im Ausland betrieben. Dabei werden langfristige Kredite für Nahrungsmittelbezüge gewährt, fallweise werden die Hilfslieferungen auch an die Regierung der betroffenen Staaten verschenkt. Als Neuerung wurde u. a. die bisherige Höchstgrenze von 1 Mrd. \$ für die Nahrungsmittelhilfe beseitigt.

WEITERE ÄNDERUNGEN DER AGRARPOLITIK

Maßnahmen zur Förderung der ländlichen Entwicklung nehmen einen breiten Raum im aktuellen Landwirtschaftsgesetz ein. Sie umfassen die Unterstützung für ländliche Infrastruktur sowie Initiativen zur Koordination regionaler Planungseinrichtungen. Im Rahmen dieser Maßnahmen wird auch die Vermarktung von landwirtschaftlichen Produkten im Inland gefördert.

Traditionell wird in den USA im Landwirtschaftsgesetz auch die Nahrungsmittelpolitik verankert. Am deutlichsten geschieht dies im Lebensmittelkartenprogramm (Food Stamp Program). Damit werden die Nahrungsmittelkäufe von Familien mit geringem Einkommen subventioniert. Dieses Programm wird auch über die kommenden Jahre fortgesetzt. Nun kommen zusätzlich andere Gruppen (wie z. B. Immigranten) in den Genuss von Lebensmittelhilfen. Weitere Maßnahmen (z. B. die Förderung von Suppenküchen oder ein Initiative „gesundes Frühstück“ für Schulen) runden dieses Programm ab.

Maßnahmen zur Förderung der ländlichen Entwicklung nehmen einen relativ breiten Raum im aktuellen Landwirtschaftsgesetz ein. Sie umfassen die Unterstützung für ländliche Infrastruktur (Gemeinschaftseinrichtungen, Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen, Telekommunikationseinrichtungen und Breitband-Datenverbindungen) sowie Initiativen zur Koordination regionaler Planungseinrichtungen. Im Rahmen dieser Maßnahmen wird auch die Vermarktung von landwirtschaftlichen Produkten im Inland gefördert.

Die Agrarforschung konnte vom neuen Landwirtschaftsgesetz ebenfalls profitieren. Bestehende Beratungs- und

Forschungsprogramme werden generell bis 2007 verlängert. Bisher im Gesetz festgelegte Obergrenzen wurden weitgehend beseitigt und durch Formulierungen wie „soviel, wie zur Ausführung der Forschungsarbeit nötig“ ersetzt. Insgesamt soll sich der Umfang der Forschungsförderung bis 2007 verdoppeln. Unter den neu etablierten Einrichtungen ist auch ein Risikobewertungszentrum, das seine Arbeit auf mögliche Folgen der Freisetzung von biotechnologisch veränderten Organismen konzentriert.

Deutlich aufgewertet wurden Programme zur Förderung der Bioenergie. Die Errichtung von Anlagen zur Bereitstellung erneuerbarer Energien oder Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz werden jährlich mit 23 Mio. \$ unterstützt. Neben einschlägiger Forschungsförderung in erheblichem Ausmaß wird durch das „Bioenergy Program“ die Erzeugung biogener Energie mit jährlich bis zu 150 Mio. \$ (2003 bis 2006) gefördert. Damit wird auch das heftig umstrittene Ethanol-Programm, diesmal legitimiert aus Umweltschutzgründen, fortgesetzt. Mittlerweile werden 9% der gesamten Maisernte auf diese Weise inferior verwertet. Dies ist somit ein großangelegtes Programm zur Subvention der Erzeugung und Verarbeitung von inländischem Mais.

Neu etabliert wurden Programme zur Förderung der Produktkennzeichnung und Produktzertifizierung. Erst kürzlich (im Oktober 2002) wurde jenes Programm lanciert, das in den gesamten USA einheitliche Produktionsstandards und Kennzeichnungen von Produkten aus biologischer Landwirtschaft sicherstellen soll. Verglichen mit anderen Programmen werden hier zwar geringe Mittel eingesetzt, die absehbaren Effekte auf den Märkten werden jedoch tiefgreifend sein.

ABSEHBARE IMPLIKATIONEN FÜR DEN WELTAGRARHANDEL

Übersicht 5 gibt die von den USA notifizierten Werte der Agrarstützung wieder (WTO, 2002, ERS, 2001). Zur Entwicklung der Produzentenstützung der USA ab dem Jahr 1999 wurden bisher keine Daten publiziert. Eine Schätzung – aus Sicht der Europäischen Kommission – legte Haniotis (2002) vor. Wahrscheinlich werden die USA die Katastrophenhilfen ab 1999 als Maßnahmen der Green Box werten und die 2002 eingeführten Antizyklischen Flächenprämien in die Kategorie der geringfügigen Stützung oder auch in die Green Box einordnen.

Die Anhebung der Schwellenpreise (vgl. Übersicht 3) lässt erwarten, dass auch die – zum „aktuellen AMS“ (Red Box) zählenden – Loan Rate deficiency payments höher ausfallen als bisher. Sollten die Antizyklischen Flächenprämien in die Green Box eingeordnet werden, kann diese Einstufung durchaus von Handelspartnern angefochten werden. Vor allem die Möglichkeit, im Rahmen eines neuen Erhebungsverfahrens Basisflächen und

Agrarstützungen im Rahmen der WTO

In der Uruguay-Runde wurden für den Agrarbereich weitreichende Maßnahmen zum Stützungsabbau vereinbart (detailliert dargestellt z. B. von Ortner, 1994):

- Erleichterung des Marktzutritts durch Tarifisierung (Umwandlung nichttarifärer Handelshemmnisse in Zolläquivalente), Zollsenkung (um durchschnittlich 36%, jedenfalls jedoch um 15%) und Einräumung von Zollbegünstigungen (zumindest 5% des Inlandsverbrauchs geschützter Produkte),
- Reduktion der Exportstützungen (der Menge nach um 21% und dem Wert nach um 36%),
- Verringerung der Stützungen im Inland gemessen am aggregierten Stützungsmaß (Aggregate Measure of Support – AMS).

Die AMS-Methodik ist entfernt mit dem Verfahren der OECD zur Messung der Produzentenstützung verwandt. Die Messung der gesamten internen Agrarstützung wird differenziert in „rote“, „blaue“ und „grüne“ Maßnahmen (Red, Blue, Green Box).

Zu den Maßnahmen der Green Box zählen Förderungen der öffentlichen Hand, die den Produzentenpreis nicht stützen. Das Uruguay-Abkommen zur Landwirtschaft nennt in dieser Kategorie zwölf Gruppen von Maßnahmen, z. B. Katastrophenhilfen, Umwelt- und Regionalprogramme. Solche Maßnahmen müssen zwar regelmäßig gemeldet werden, unterliegen aber keiner Reduktionsverpflichtung.

Zu den Maßnahmen der Blue Box zählen Subventionen, die auf fixen Flächen und Erträgen beruhen, für eine fixe Anzahl von Vieh oder für bis zu 85% der in der Basisperiode (1986/1988) erzeugten Menge des betreffenden Produktes gewährt werden. Dazu zählen die – 1996 abgeschafften – Deficiency Payments und die in der EU gewährten Flächen- und Viehprämien.

Die Maßnahmen der Red Box gelten als besonders handelsverzerrend. Subventionen dieser Kategorie dürfen einen festgelegten, bis 2000 jährlich sinkenden Betrag, nicht überschreiten – die „AMS-Verpflichtung“. Die Red Box umfasst produktbezogene Maßnahmen (Marktpreisstützung und Produktsubventionen) und produktübergreifende Subventionen (z. B. Zuschüsse zu Versicherungsprämien). Bei der jährlichen Ermittlung des „aktuellen AMS“ werden gewisse geringfügige Stützungen („de minimis“) nicht berücksichtigt, etwa wenn Produkte mit weniger als 5% des Produktionswertes gestützt werden. Überschreitet das „aktuelle AMS“ die „AMS-Verpflichtung“, dann liegt eine Vertragsverletzung vor.

Die Subventionen aus neu eingeführten Instrumenten müssen vom jeweiligen Land in eine der Boxen eingeordnet werden. So könnten etwa Förderungen, die bisher in die Red Box fielen, nach Änderung der Förderbedingungen in der Green Box verbucht werden.

Basiserträge von Kontraktkulturen an die Änderungen des Landwirtschaftsgesetzes 2002 anzupassen, ist kritisch zu beurteilen.

Neu eingeführte Fördermaßnahmen und die Erhöhung der Schwellenpreise wichtiger Produkte lassen erwarten, dass es für die USA schwierig sein wird, die WTO-Verpflichtungen, die im Zuge der Uruguay-Runde vereinbart wurden, einzuhalten.

Angesichts der Entwicklung der seit 1996 ausgezahlten Förderungen (Übersicht 6) dürften die für das Jahr 2002 ausgewiesenen Beträge nicht repräsentativ für die kommenden Jahre sein. Die AMS-Verpflichtung wird daher möglicherweise überschritten werden. Diese Vermutung wird durch Modellergebnisse von FAPRI gestützt, wonach „die Ergebnisse andeuten, dass die Landwirtschaftsministerin von der Möglichkeit Gebrauch machen wird müssen, Subventionen zu kürzen, um sicherzustellen, dass die WTO-Vereinbarungen [also die AMS-Verpflichtung; Anm. des Autors] eingehalten werden“ (FAPRI, 2002C, S. 48). Bevor allerdings Prämien gekürzt

werden, muss die Landwirtschaftsministerin den Kongress konsultieren; sie dürfte dort kaum die nötige Unterstützung finden, ohne (agrar-)politische Konzessionen zu machen.

In den Verhandlungen zur Doha-Runde der WTO gerieten die USA im Frühsommer 2002 zunächst etwas in die Defensive, da die nationale Politik mit den Positionen zur Eröffnung der Agrarverhandlungen im Jahr 2001 nicht konsistent war.

Die Initiativen der USA haben seither allerdings wieder an Dynamik gewonnen. Am 25. Juli 2002 wurde ein neuer Vorschlag der USA veröffentlicht (US Department of State, 2002A). Darin wird gefordert, den Marktzugang zu verbessern (z. B. Zollquoten um 20% zu reduzieren, Staatshandelsunternehmen und Importmonopole abzuschaffen), die inländische Stützung zu reduzieren (Beseitigung der Maßnahmen in der Blue Box, Reduktion von bisher erlaubten handelsverzerrenden Maßnahmen), Exportsubventionen abzuschaffen, die Administration von Exportkreditprogrammen transparent zu gestalten und die Regelkonformität zu überprüfen. Explizit aufrechterhalten werden sollen die Maßnahmen in der Green Box und nicht näher spezifizierte sektorale Initiati-

Übersicht 5: Produzentenstützung der USA und der EU gemessen an den Kennzahlen der WTO

	1995	1996	1997	1998
	Mrd. \$			
AMS-Verpflichtung ¹⁾	23,08	22,29	21,49	20,70
Interne Stützungen insgesamt	60,92	58,87	58,30	64,97
Green Box ²⁾	46,03	51,82	51,25	49,82
Blue Box ³⁾	7,03	0,00	0,00	0,00
De minimis ⁴⁾	1,64	1,15	0,81	4,75
Aktuelles AMS	6,21	5,90	6,24	10,39
Exportstützungen	0,03	0,12	0,11	0,15
Aktuelles AMS der EU ⁵⁾	64,48	61,31	56,60	51,04

Q: WTO. AMS . . . Aggregate Measure of Support. – ¹⁾ Obergrenze des „aktuellen AMS“. – ²⁾ Zahlungen aus öffentlichen Haushalten, die von der Produktion entkoppelt sind. – ³⁾ Zahlungen unter produktionsbeschränkenden Programmen. – ⁴⁾ Aktuelles AMS unter 5% des Wertes der inländischen Produktion. – ⁵⁾ Wechselkurs laut WTO (Durchschnitt über zwei aufeinanderfolgende Wirtschaftsjahre).

ven. Offensichtlich ist mit diesem Vorschlag in erster Linie die EU angesprochen, die derzeit Agrarexporte noch in hohem Ausmaß subventioniert und danach trachtet, Maßnahmen der Blue Box über die Doha-Runde zu retten.

Mit der Trade Promotion Authority (bisher Fast Track Authority genannt), die am 27. Juli vom Kongress bzw. am 1. August vom Senat eingeräumt wurde und am 6. August durch die Unterschrift des Präsidenten Gesetzeskraft erhielt, hat nun die Regierung der USA erstmals seit 1994 wieder die Möglichkeit, umfassende Verhandlungen zur Handelsliberalisierung zu führen (siehe dazu *US Department of State, 2002B*). Mit dieser Ermächtigung kann die Regierung Verhandlungen mit Handelspartnern bis zum Ende führen; der Kongress kann die Vorlage im Zuge der Ratifizierung nur in ihrer Gesamtheit ablehnen oder annehmen. Diese Selbstbindung verhindert, dass einzelne Teile, die Kompromisse mit Vertragspartnern enthalten können, herausgebrochen werden.

Dennoch ist zu beobachten, dass die noch vor einem Jahr vehement vorangetriebene Initiative der USA zur weiteren umfassenden Agrarhandelsliberalisierung merklich abgekühlt ist. Beobachter aus Entwicklungsländern (vor allem wegen des Food For Peace Program), der CAIRNS-Gruppe (vor allem wegen der Exportkredite) und der EU (wegen des Export Enhancement Program) sehen diese Entwicklung sehr skeptisch. Sie fürchten, dass die USA weniger an entscheidenden Schritten in

der Doha-Runde interessiert sind als vielmehr an der raschen Etablierung der regionalen Freihandelszone Free Trade Area of the Americas (FTAA).

BEWERTUNG

Der Anteil jener Agrarbetriebe, die von Zahlungen durch die öffentliche Hand profitieren, ist sehr gering. Im Jahr 1997 erhielten nur 36% der Betriebe öffentliche Zahlungen, und die größten Betriebe zogen daraus den höchsten Nutzen (60% der Förderungen gingen an Betriebe mit einem Umsatz von mehr als 50.000 \$).

Die Bedeutung der Landwirtschaft der USA wird, gemessen an Indikatoren wie dem Anteil am Bruttoinlandsprodukt oder an der Beschäftigung, immer geringer. Nach einem realen Anstieg zwischen 1930 und 1980 ist die Produktion nun seit einem Jahrzehnt bei zunehmenden Förderungen nahezu konstant (Übersicht 7). Diese Kennzahlen verschleiern teilweise den Umstand, dass der Anteil der Landwirtschaft in den USA in erster Linie wegen des starken Wachstums von übriger Volkswirtschaft und Beschäftigung so deutlich zurückging. Daneben ist aus dieser Darstellung nicht ersichtlich, dass der Anteil jener Agrarbetriebe, die von Zahlungen der öffentlichen Hand profitieren, sehr gering ist (im Jahr 1997 nur 36% der Betriebe; *ERS, 2000*) und die größten Betriebe den höchsten Nutzen daraus ziehen (60% der Förderungen gingen an Betriebe mit einem Umsatz von mehr als 50.000 \$).

Die Erklärungen dafür, warum eine wirtschaftlich ständig an Bedeutung verlierende Gruppe in der Lage ist, immer höhere Subventionen zu erhalten, sind vielfältig. Ausgeklügelte Vorgehensweisen zum Aufbau politischen Drucks durch kleine Gruppen mit gemeinsamen Interessen spielen eine bedeutende Rolle. Dieses Phänomen ist an Produzenten und Verarbeitern von Agrargütern auf weitgehend isolierten Märkten wie z. B. Zucker gut zu beobachten (einen aktuellen Überblick zum Forschungsstand bieten *Tweeten – Thompson, 2002*).

Übersicht 6: Förderungen der Landwirtschaft aus dem Bundeshaushalt der USA ab 1996

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002 ¹⁾
	Mio. \$						
Entkoppelte Flächenprämien	5.973	6.120	6.001	5.046	5.049	4.040	3.014
Loan Deficiency Payments	0	0	1.783	5.919	6.425	5.464	2.027
Agrarumwelförderung	1.793	1.693	1.475	1.494	1.615	1.803	1.845
Katastrophenhilfen	–	–	2.818	7.804	8.492	8.406	908
Verschiedenes	–426	–317	132	355	189	307	275
Vermarktungsprämien	0	0	171	896	1.127	708	2.000
2002 neu eingeführte Prämien ²⁾	–	–	–	–	–	–	6.903
Summe Direktzahlungen	7.340	7.495	12.380	21.513	22.896	20.728	16.971

Q: *ERS (2002C)*. – ¹⁾ Prognose. – ²⁾ Konstante Flächenprämien (Direct Payments) 5.036 Mio. \$, Antizyklische Flächenprämien (Counter-Cyclical Payments) 560 Mio. \$, Erdnussquotenprämie (Compensation Payment to Peanut Quota Holders) 649 Mio. \$, Milchprämie (National Dairy Market Loss Payments) 657 Mio. \$.

Übersicht 7: Kennzahlen zum Agrarsektor der USA im Zeitablauf

Real, zu Preisen von 1996

	Endproduktion			Nettowertschöpfung	Öffentliche Zahlungen	Landwirtschaftliche Einkommen	Anteil des Agrarsektor	
	Insgesamt	Pflanzenbau Mrd. \$	Tierhaltung				Am BIP	An den Erwerbstätigen
					Mrd. \$		In %	
1930	92,2	33,2	51,9	54,7	0,0	35,0	8,32	19,40
1940	102,8	38,8	56,8	62,3	7,0	43,4	6,32	15,81
1950	188,1	75,6	104,0	104,8	1,6	78,2	6,76	10,94
1960	170,7	70,6	89,6	74,0	3,2	50,5	3,75	6,97
1970	189,6	70,6	105,9	81,6	12,8	49,4	2,52	3,98
1980	259,5	112,8	123,3	82,0	2,3	28,3	2,01	3,41
1985	208,3	100,6	93,2	86,1	10,5	38,9	1,59	2,89
1990	218,2	96,3	104,3	93,4	10,7	51,6	1,37	2,65
1995	207,4	97,6	89,5	76,2	7,4	37,7	0,99	2,77
2000	204,3	89,0	92,8	85,1	21,4	43,4	0,80	2,47
2001	207,4	87,8	97,3	85,8	19,5	43,8	0,82	2,48
2002 ¹⁾	199,4	86,8	90,2	79,4	19,6	36,6	.	.

 Q: ERS (2002D), BEA (2002). – ¹⁾ Prognose.

Die traditionellen Ansätze reichen aber nicht aus, das Landwirtschaftsgesetz von 2002 zu erklären. Präsident Bush wies auf eine zusätzliche Funktion hin: mit diesem Gesetz werde – nach den Ereignissen vom 11. September 2001 unter dem Stichwort „homeland security“ – ein wichtiger Beitrag zur nationalen Sicherheit der USA geleistet.

Ein weiterer wichtiger Grund ist, dass die Regierung die Trade Promotion Authority benötigte. Diese wurde vom Kongress – denkbar knapp mit 215 gegen 212 Stimmen – erst eingeräumt, nachdem die demokratischen Abgeordneten die Gewissheit hatten, dass der Schutz von Arbeitsplätzen im Zuge einer weiteren Handelsliberalisierung durch konkrete Maßnahmen berücksichtigt wird (*Economist*, 2002A): Im Rahmen des Trade Adjustment Assistance Program werden über die kommenden zehn Jahre Anpassungshilfen im Ausmaß von 12 Mrd. \$ gewährt. Gruppen von Arbeitnehmern (deren Arbeitsplätze durch eine Handelsliberalisierung gefährdet sind) und Landwirten hatten also ähnliche Interessen und konnten in der jeweiligen Gesetzgebungsphase eine Koalition bilden.

Als zusätzlicher Erklärungsansatz ist zu werten, dass der demokratische Vorsitzende des Agrarausschusses im Senat (ein „Prärie-Lobbyist mit politisch linker Vergangenheit“; *Economist*, 2002B) für die Wahlen Anfang November 2002 kandidierte. Sein Bemühen um das Zustandekommen des Landwirtschaftsgesetzes sicherte ihm die Unterstützung des bis dahin republikanisch orientierten Iowa Farm Bureau, einer einflussreichen Produzentenorganisation.

Auch im Zuge der Verhandlungen zum Landwirtschaftsgesetz wurde heuer auf die permanente Farm-Gesetzgebung Bezug genommen und auf die Konsequenzen von administrativ festgelegten Paritätspreisen verwiesen. Diese von niemandem gewünschte Option brachte vor allem wegen der innersektoralen Verteilungswirkung Senat und Kongress letztlich immer noch zu einer Einigung

über Landwirtschaftsgesetze. Zu berücksichtigen ist auch das Wahlsystem der USA. Das kaum bevölkerte Wyoming (0,5 Mio. Einwohner) stellt z. B. gleich viele Senatoren wie Kalifornien (34 Mio. Einwohner).

Aufgrund der strukturellen Gegebenheiten (Wahlsystem, permanente Landwirtschaftsgesetzgebung) wird es weiterhin eine durchaus diskretionäre Agrarpolitik in den USA geben. Das Landwirtschaftsgesetz von 2002 wird wegen Sonderfaktoren (Wahlen im selben Jahr, „homeland security“, parallele Verhandlungen von Landwirtschafts- und Handelsgesetz) allerdings eher eine Ausnahme bilden.

Fasst man diese Einzelemente zusammen, so lassen sich Sondereffekte von Strukturbedingungen trennen. Aufgrund der strukturellen Gegebenheiten (Wahlsystem, permanente Gesetzgebung) werden die USA noch lange eine durchaus auch diskretionäre Agrarpolitik betreiben. Das Landwirtschaftsgesetz von 2002 wird wegen der hier beschriebenen Sonderfaktoren (Wahlen im selben Jahr, „homeland security“, parallele Verhandlungen von Landwirtschafts- und Handelsgesetz) allerdings eher eine Ausnahme darstellen.

In Bezug auf die EU sind zwei Aspekte festzustellen, und zwar ein strategischer und auch ein sehr pragmatischer: Zunächst sind die USA nun offenbar bereit, durch höhere Subventionen dem eigenen Agrarsektor Fairness gegenüber den Konkurrenten aus der EU zukommen zu lassen. Der EU signalisiert dies durchaus, dass die USA nun willens sind, sich zu hohen Kosten am Subventionswettbewerb zu beteiligen, um weitere Marktanteilsverluste der eigenen Produzenten an die EU zu verhindern.

Darüber hinaus trachten die Exekutivorgane in den USA und der EU jeweils tendenziell Markteingriffe zurückzu-

nehmen. Das Instrumentarium ihrer Agrarpolitik gleicht sich damit zunehmend an. Dieser Prozess ist nicht nur auf technische Anpassungen wegen der WTO-Verpflichtungen zurückzuführen, wie die Reform der Agenda

Die Exekutivorgane in den USA und der EU trachten jeweils danach, direkte Markteingriffe tendenziell zurückzunehmen; das Instrumentarium der beiden Agrarpolitiken gleich sich zunehmend an.

2000 und noch deutlicher die im Sommer 2002 vorgelegte Halbzeitbewertung dieser Reform durch die *Europäische Kommission* (2002B) zeigt (vgl. auch *Schneider*, 2002). Darin werden Instrumente eingesetzt oder vorgeschlagen, die in den USA bereits etabliert sind: In der „Modulation“ werden die in den USA seit langem bestehenden Obergrenzen für Förderungen aufgegriffen, an die Produktion von Agrargütern gebundene Prämien sollen „entkoppelt“, also in Flächenprämien umgewandelt werden, und mit Cross-Compliance wird versucht, Prämien als förderlich für die Umwelt darzustellen.

Die im Perspektivenbericht der Landwirtschaftsministerin (USDA, 2001) beschriebenen Erkenntnisse zum Einsatz dieser Instrumente legen allerdings eine gewisse Vorsicht nahe: Nicht jedes Instrument wirkt in der beabsichtigten Weise, und manche geplante Vereinfachung ist letztlich mit hohem administrativen Aufwand verbunden. Ein wichtiger Unterschied in der Umsetzung der Agrarpolitik ist, dass die Ausgabendynamik in der EU wahrscheinlich zuverlässig (auf hohem Niveau) eingeschränkt ist, während diese Erwartung für die USA nicht zutrifft.

Aber auch die USA greifen Instrumente auf, die in der EU entwickelt wurden. Hier ist das nunmehr gestärkte, regional ausgerichtete Agrarumweltprogramm zu nennen. Dieses Programm ähnelt dem in der EU bereits 1992 eingeführten Konzept. In den USA werden allerdings ausschließlich Mittel des Bundeshaushaltes eingesetzt, während in der EU die Ausgaben zwischen den Agrarhaushalten der EU und der Mitgliedstaaten geteilt werden. Daneben ist eine Annäherung im Bereich der Betriebszertifizierung und Produktkennzeichnung abzusehen. Solche unter „Labelling“ diskutierte Ansätze zur Produktdifferenzierung wurden von den USA bisher häufig pauschal als nichttarifäre Handelshemmnisse gewertet. Hier ist im Rahmen der laufenden WTO-Runde eine Annäherung zwischen EU und USA abzusehen, die möglicherweise zulasten anderer Handelspartner geht.

LITERATURHINWEISE

Becker, G. S. (Hrsg.), „Farm Commodity Legislation: Chronology, 1933-1998. The Library of Congress“, Congressional Research Service, CRS Report for Congress, 1999, (96-900 ENR).

Bureau of Economic Analysis of the US Department of Commerce (BEA), Gross Domestic Product by Sector und National Income and Product Accounts Tables, 2002, <http://www.bea.doc.gov>.

Economic Research Service of the US Department of Agriculture (ERS), „A Safety Net for Farm Households?“, *Agricultural Outlook*, 2000.

Economic Research Service of the US Department of Agriculture (ERS), Calculation of the WTO United States Aggregate Measure of Support, 2001, <http://www.ers.usda.gov/briefing/farmpolicy/usnotify.htm>.

Economic Research Service of the US Department of Agriculture (ERS) (2002A), Annual Commodity Trade Weighted Exchange Rates, 2002, <http://www.ers.usda.gov/Data/exchangerates/#revised>.

Economic Research Service of the US Department of Agriculture (ERS) (2002B), US Agricultural Trade: Global Agricultural Trade, 2002, <http://www.ers.usda.gov/Briefing/AgTrade/commoditytrade.htm>.

Economic Research Service of the US Department of Agriculture (ERS) (2002C), Direct Government Payments, 1998-2002F; Direct Government Payment, 1996-2000, 2002, http://www.ers.usda.gov/Briefing/FarmIncome/Data/GP_T7.htm.

Economic Research Service of the US Department of Agriculture (ERS) (2002D), Farm Income and Balance Sheet Indicators, 2002, http://www.ers.usda.gov/Data/FarmIncome/val_add/Constant-dollar-table.WK1.

Economist (2002A), „Fast Track to Doha“, 2002, (8284).

Economist (2002B), „The Battle for Iowa“, 2002, (8295).

Europäische Kommission (2002A), Die Lage der Landwirtschaft in der Europäischen Union. Bericht 2000, Luxemburg, 2002.

Europäische Kommission (2002B), Communication from the Commission to the Council and the European Parliament: Mid-Term Review of the Common Agricultural Policy, Brüssel, 2002, COM(2002) 394 final, http://europa.eu.int/comm/agriculture/mtr/index_en.htm.

Food and Agricultural Policy Research Institute at the University of Missouri (FAPRI) (2002A), Base and Yield Update Tool, Version 2002. 07. 11, <http://www.fapri.missouri.edu/farbill2002.htm>.

Food and Agricultural Policy Research Institute at the University of Missouri (FAPRI) (2002B), World Agricultural Outlook 2002, <http://www.fapri.iastate.edu>.

Food and Agricultural Policy Research Institute at the University of Missouri (FAPRI) (2002C), FAPRI 2002 US Baseline Briefing Book, FAPRI-UMC Technical Data Report 02-02, 2002, <http://www.fapri.missouri.edu>.

Gardner, B. L., „Agricultural Policy: Pre- and Post-FAIR Act Comparisons“, in *Tweeten – Thompson* (2002), S. 35-54.

Haniotis, T., The New US Farm Bill from an EU Perspective, Vortrag anlässlich des 78. Kongresses der Französischen Weizenproduzenten, Blois, 2002.

Hofreither, M. F., „Inhalte und potentielle Konsequenzen des FAIR-Acts 1996“, *Berichte über Landwirtschaft*, 1997, (75), S. 23-34.

House of Representatives and Senate, Farm Security and Rural Investment Act of 2002, http://www.usda.gov/farbill/conference_report/full_report.pdf.

OECD (2002A), Agricultural Policies in OECD Countries. Monitoring and Evaluation 2002, Paris, 2002.

OECD (2002B), PSE-Database 2002, Paris, 2002.

Ortner, K., „GATT-Verpflichtungen der Landwirtschaft“, *Der Förderungsdienst*, 1994, 42(3), S. 75-80, 42(4), S. 113-117, 42(5), S. 145-152.

Richardson, J. W., Anderson, D. P., Smith, E. G., „A Brief Summary of the U.S. Farm Program Provisions“, Texas A&M University, Department of Agricultural Economics, Agricultural and Food Policy Center, AFPC Working Paper, 1999, (99-9).

Schneider, M., „Zur Diskussion um neue Reformen der EU-Agrarpolitik“, WIFO-Monatsberichte, 2002, 75(10), S. 641-649.

Thompson, S. R., Persönliche Mitteilung, Wien, 28. Mai 2002.

Tweeten, L., Thompson, S. R. (Hrsg.), Agricultural Policy for the 21st Century, Iowa State Press, Ames, 2002.

US Department of State (2002A), Fact Sheet: US Proposal for Agriculture Trade Reform, 2002, <http://usinfo.state.gov/topical/econ/wto/>.

US Department of State (2002B), Pressemitteilung vom 6. August 2002, <http://usinfo.state.gov/topical/econ/wto/>.

US Department of Agriculture (USDA) (2001A), Food and Agricultural Policy – Taking Stock for the New Century, Government Printing Office, Washington D.C., 2001, <http://www.usda.gov/news/pubs/farmpolicy01/fpindex.htm>.

US Department of Agriculture (USDA) (2001B), News Release No. 0185.01, 2001, <http://www.usda.gov/news/releases/2001/09/0185.htm>.

US Department of Agriculture (USDA), Agricultural Statistics 2002, US Government Printing Office, Washington D.C., 2002.

WTO, Doc. G/AG/N/USA/27, 28. Juni 1999; Doc. G/AG/N/EEC/12/Rev.1 und Doc. G/AG/N/EEC/16/Rev.1, 21. September 1999; <http://docsonline.wto.org>.

WTO, Doc. G/AG/NG/S/1, 13. April 2000; Doc. G/AG/N/EEC/26, 21. Juni 2000; <http://docsonline.wto.org>.

WTO, Doc.: G/AG/NG/S/12/Rev.1, 12. März 2001; Doc. G/AG/N/EEC/30, 22. März 2001; Doc. G/AG/N/USA/36, 26. Juni 2001; Doc. G/AG/NG/S/5/Rev. 1, 19. Juli 2001; <http://docsonline.wto.org>.

WTO, Doc. G/AG/N/EEC/36, 19. März 2002; Doc. TN/AG/S/4, 20. März 2002; Doc. TN/AG/S/8, 9. April 2002; Doc. G/AG/N/USA/39, 25. April 2002; Doc. G/AG/N/EEC/38, 27. Juni 2002; <http://docsonline.wto.org>.

The US Farm Bill of 2002 – Summary

The Farm Bill adopted in 1996 was widely seen to be the beginning of the end of agricultural market policy in the USA. Transfer payments to agricultural producers, entirely decoupled from production, replaced the earlier system of subsidies depending on market conditions. The underlying idea was that political forces should progressively withdraw from agricultural markets. As already foreseen in 1996, the act was replaced by new legislation adopted in the early summer of 2002. The orientation of the new act differs fundamentally from that of its predecessor: changes already initiated were made undone, programmes about to expire were relaunched, funding for existing programmes was increased, and new programmes were introduced. However, a closer look at the 1996-2002 period also shows that the new Farm Bill is designed to replace the ad-hoc arrangements that used to be characteristic of US agricultural policy in recent years by longer-term support measures. The economic environment, includ-

ing the strong US dollar and the crisis in South Asia in the second half of the 1990s, clearly led to a deterioration of conditions for agricultural producers in the USA. The situation was aggravated by severe natural disasters. As a result, there have been frequent references to a new „farm crisis“ in recent years. US agricultural policy reacted to these events with substantial transfer payments to the agricultural sector, and subsidies are expected to stabilise at a high level under the new Farm Bill. The new programmes may even make it difficult or impossible for the USA to meet its current foreign-trade obligations. Moreover, under the impact of the new act, negotiations on a further liberalisation of trade in agricultural products within the framework of the new WTO Round will, most probably, not lead to the profound reforms envisaged a year ago. At the same time, the Farm Bill is creating new momentum in the fields of agri-environmental policy and rural development.

WORKING PAPERS

- Nr. 187 • 2002 **The Politics of Financial Development. The Case of Austria**
Franz R. Hahn
- Nr. 188 • 2002 **The Effects of Bank Capital on Bank Credit Creation. Panel Evidence from Austria**
Franz R. Hahn
- Nr. 189 • 2002 **Reorganisation of Employees' Legal Protection. Cause and Effect of Flexible Employment Relationships in the Labour Market**
Gudrun Biffl
- Nr. 190 • 2002 **Labour Statistics – Towards Enlargement. Labour Market Flexibility: The Role of the Informal Sector in the Context of EU Enlargement and the Need for a Systematic Statistical Base**
Gudrun Biffl
- Nr. 191 • 2002 **Die Rolle zivilgesellschaftlicher Institutionen und des Gender Mainstreaming bei der Bekämpfung von sozial- und gesellschaftspolitischer Benachteiligung**
Gudrun Biffl

Kostenloser Download:

http://titan.wsr.ac.at:8880/wifosite/wifosite.search?p_typeid=3&p_language=1&p_type=0

www.ueberreuter.com

versand ■
logistik ■
offsetdruck ■
abo-service ■
digitaldruck ■
druckberatung ■
personalisieren ■
fulfillment-service ■
dtp ■
satz/repro ■
grafik-beratung ■
intranet/internet ■
datenkonzertierung ■
digitale fotografie ■
datenbank-management ■
cross-media-publishing ■



ueberreuter
Print und Digimedi@

2002 • 4 Bände

53rd Euroconstruct Conference: The Outlook for the European Construction Sector 2002-2004

Summary Report € 740, Download € 592 (http://titan.wsr.ac.at:8880/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=22165) • Country Reports € 960, Download € 768 (...&pubid=22166) • Länderbericht Österreich € 300, Download € 240 (...&pubid=22168) • Central and Eastern Europe € 500

2002 • 50 pages •
47 €

WIIW-WIFO Database. Foreign Direct Investment in CEECs and the Former Soviet Union with Special Attention to Austrian FDI Activities

Gábor Hunya (WIIW), Jan Stankovsky (WIFO)

http://titan.wsr.ac.at:8880/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=22257

2002 • 160 Seiten •
50 € • Download:
40 €

Design und ökonomische Evaluierung eines österreichischen CO₂-Pilot-Trading-Systems

Daniela Kletzan, Angela Köppl, Kurt Kratena, Markus Bliem

http://titan.wsr.ac.at:8880/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=22261

2002 • 180 Seiten •
50 € • Download:
40 €

Ökonomische Modellierung nachhaltiger Strukturen im privaten Konsum. Am Beispiel Raumwärme und Verkehr

Daniela Kletzan, Angela Köppl, Kurt Kratena, Michael Wüger

http://titan.wsr.ac.at:8880/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=22262

2002 • 35 Seiten •
30 € • Download:
24 €

Möglichkeiten einer Senkung der Lohnnebenkosten

Gerhard Lehner, Ewald Walterskirchen

http://titan.wsr.ac.at:8880/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=22308

2002 • 223 Seiten •
45 € • Download:
36 €

Mittelfristige Beschäftigungsprognose für Oberösterreich. Berufliche und sektorale Veränderungen bis 2008

Oliver Fritz, Peter Huber, Ulrike Huemer, Kurt Kratena, Helmut Mahringer (WIFO), Raimund Kurzmann, Gerhard Streicher, Gerold Zakarias (Joanneum Research)

http://titan.wsr.ac.at:8880/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=22329

2002 • 55 Seiten •
40 € • Download:
32 €

Bestimmungsgründe der Lohnquote und der realen Lohnstückkosten

Markus Marterbauer, Ewald Walterskirchen

http://titan.wsr.ac.at:8880/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=22350

2002 • 55 Seiten •
25 € • Download:
20 €

Künftige Knappheit an Fachkräften in Niederösterreich

Ewald Walterskirchen

http://titan.wsr.ac.at:8880/wifosite/wifosite.get_abstract_type?p_language=1&pubid=22700

2002 • Distributed by
Statistics Austria •
ISBN 3-901400-55-9 •
40 €

A Tourism Satellite Account for Austria. The Economics, Methodology and Results 1999-2003

Statistics Austria, WIFO

Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Frau Christine Kautz, A-1103 Wien, Postfach 91, Tel. (1) 798 26 01/282, Fax (1) 798 93 86, E-Mail Christine.Kautz@wifo.ac.at